

[Spa:rkassən]

seit 1906

FINANZ / ETHIK

IM GESPRÄCH:
KONRAD PAUL LIESSMANN
UND ANDREAS TREICHL

Seite 6

SOCIAL COLLABORATION:
NEUE ARTEN DER ARBEIT

Seite 10

NACH DEN STERNEN GREIFEN:
MIGRATION & UNTERNEHMERTUM

Seite 22

ÖSTERREICHISCHE SPARKASSEN-ZEITUNG

FACHBLATT DES HAUPTVERBANDES DER ÖSTERREICHISCHEN SPARKASSEN

Folge **Eine geschichtsträchtige Zeitung.** 1954

41. Jahrgang

Inhaltsübersicht

IM DIENSTE DER SPARKASSEN. Seit ihrem ersten Erscheinen im Jahr 1906 nimmt die Österreichische Sparkassenzeitung die Rolle als Gedächtnis der Sparkassen ein. Sie ist zugleich ein unerschöpfliches Archiv an Artikeln und Meinungen und – mit kurzen zeitlichen Abständen, in denen sie nicht erschien – immer ein wichtiges Kommunikationsmittel zur Identitätsstiftung, zur Vermittlung wirtschaftlichen Wissens und rechtlicher Informationen gewesen.

Ein- und Ausfall jugoslawischer Banknoten	127
Sicherstellungswerte Zinsen von Forderungen gegen die öffentliche Hand	134
Versicherung der Sparkassen	137
Berechnung	140

Örtliche und Verordnungen

Bankengesetz vom 29. Juni 1954, womit Bestimmungen über die Mitgliedschaft im Recht des Mitgliedschafts auftragsgewalt Einmal gehalten werden, BGBl. Nr. 132	140
--	-----

Verträge und Versammlungen

Protokoll über die Vollversammlung der Hauptverbände der Öster. Sparkassen vom 22. Juni 1954	141
--	-----

Bücher und Broschüren

nimmt die Durchführung eines Zinsfußwechsels mehrere Wochen in Anspruch. Es überlegen sich Schwankungen im Zinsfuß, von der die Sparkassen, wenn der Absatz hier die beständig ist und immer fast gleich wiederkehrende Situation in den Sparkassen unabwendbar ist und es zu dem traditionellen Gepflogenheiten unserer Bankiers gehört, den Jahreswechsel hinter dem Schreibtisch zu verbringen und auch sonst bei gewissen Anlässen oft wochenlang zuckende Überforderung zu leisten.

Die nachstehenden Gedanken und auch der Bericht über die bezüglich der praktischen Erfahrungen in einer niederösterreichischen Sparkasse sollen zum zeigen, daß mit dieser Tradition gebrochen werden kann, wenn nur Organisation und Betriebsweise zusammenstufen und anstelle der Mit aufgebracht wird, neue zeitgemäße Wege zu beschreiben.

„Vorbereiten besser als Nacharbeiten!“ Damit wird zum Ausdruck gebracht, daß es erforderlich ist, den Absatz bzw. Stückzahl mit einer Abrechnung zu tun. Die üblichen Abrechnungen

IMPRESSUM UND OFFENLEGUNG GEMÄSS MEDIENGESETZ: Bezeichnung des Mediums: Österreichische Sparkassenzeitung; Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Österreichischer Sparkassenverband, Grimmelshausengasse 1, 1030 Wien, E-Mail: info@sv.sparkasse.at; Generalsekretär: Mag. Michael Ikath; Präsident: Dr. Gerhard Fabisch; Chefredakteur: Armand Feka; Redaktion: Milan Frühbauer, Stephan Scoppetta, Bastian Kellhofer, Alexandra Rosetti-Dobslaw, Gudrun Dürnberger; Redaktionsbeirat: Karin Berger, Nicola Frimmel, Christian Hromatka; Produktion/Litho/Druck: Bernsteiner Media GmbH, Rautenweg 10, 1220 Wien, www.bernsteiner.at; Art Direktion/Gestaltung: Dina Gerersdorfer, www.gerersdorferdesign.at; Offenlegung gemäß § 5 ECG und gemäß § 25 Mediengesetz: <http://www.sparkassenverband.at/de/Impressum>;



[ˈʃpa:rkassən] INHALT



Foto: Erste Bank / Reich

6



Foto: Liebherr

14



Foto: Barnabás Imre

10



Foto: Ursin Haas Langenlois

16

● IM FOKUS

● 4

Forum

● ECONOMY

● 6

Neue Definitionen von Armut
Gespräch: Andreas Treichl und
Konrad P. Liessmann

10

Sie haben (0) neue Nachrichten
Neue Arten der Zusammenarbeit

12

Börse = Wachstumsmotor
Interview mit Birgit Kuras

14

Starke Maschinen
Das Traditionsunternehmen
Liebherr

● LAND UND MÄRKTE

● 16

Kein ‚too small to succeed‘-
Problem schaffen
Interview mit Georg Fahrenschon

18

Echte Pioniere
Das Pioneers Festival als Kern
der Start-up-Szene

20

CrossCloud
Akademische Start-up-Gründer

21

EU-Institution im Schatten von
Kommission, Parlament und Rat
Der Europäische Wirtschafts- und
Sozialausschuss

● WERTE

● 22

Die größte Reise
Die Gründerszene in Österreich
ist vor allem auch migrantisch

24

Unternehmertum als Antwort
auf soziale Ausgrenzung
Europas größte
ethnische Minderheit

● FINALE

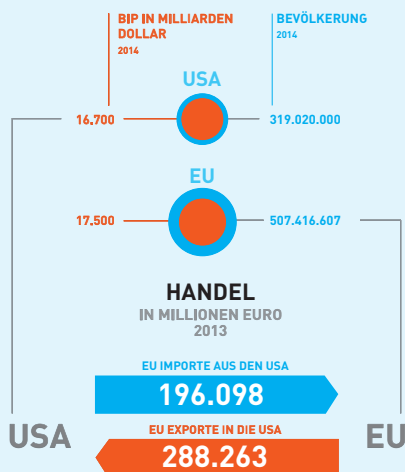
● 26

Fünf Fragen an ...
Die Modemacherin Lena Hoschek

FORUM

Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft

Das EU-Parlament hat Anfang Juli eine Resolution (Entscheidung ist noch keine gefallen) zum EU-Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) angenommen.
Die wichtigsten Zahlen im Hintergrund:



Von Armand Feka

SPIELTHEORIE



Foto: istock.com

Die Wirtschaftswelt erlitt in den vergangenen Wochen gleich mehrere Tragödien. Eine, die in den Nachrichten weniger beachtet wurde, war der Tod des Nobelpreisträgers John Nash und seiner Frau. Bekannt wurde er durch sein „Nash-Gleichgewicht“, ein zentraler Standpunkt der mathematischen Spieltheorie, und den Film „A beautiful mind“. Eine ganz andere Art von Tragödie fand in Griechenland statt. Weitere Verzögerungen und ein schicksalsträchtiges Referendum später ist Griechenland seinen Gläubigern nach wie vor ausgeliefert und der Weg aus der kostspieligen und langwierigen Krise nicht in Sicht.

Auf den ersten Blick scheint es, als wären die beiden Tragödien nicht wirklich miteinander verbunden. Doch die Spieltheorie-Erkenntnisse von Nash erklären ganz gut, was in Griechenland passiert und warum das Drama in absehbarer Zeit kein glückliches Ende finden wird. In einem kooperativen Spiel koordinieren die „Spieler“ (EU, IWF, EZB, Griechenland, um einige zu nennen) ihre Handlungen, um bessere Ergebnisse zu erreichen als jene, die ohne jegliche Koordination zustande gekommen wären. Wenn das Spiel aber unkooperativ gespielt wird, hat kein einziger Spielteilnehmer etwas davon. Diese einfache Veranschaulichung beschreibt das langwierige griechische Drama recht präzise – einschließlich der aktuellen Ereignisse.

Auf der einfachsten Analyseebene bemüht(e) sich Griechenland das Wirtschaftswachstum anzukurbeln, Arbeitsplätze zu schaffen und gleichzeitig in der Eurozone zu verbleiben. Seine Partner teilen diese Ziele, so lange, wie sie keine unverhältnismäßig große finanzielle und politische Belastung für andere Staaten darstellen. Das Problem: Es wird kein zufriedenstellendes Ergebnis gefunden, weil weder das Vertrauen zwischen den Spielern noch das Verständnis für eine kooperative Lösung vorhanden ist.

Es gibt nach Nash mindestens vier Wege, unkooperative Spiele in kooperative zu verwandeln. Leider ist jeder dieser Ansätze im Fall von Griechenland unwirksam oder bereits gescheitert:

1. Die beidseitige Konditionalität als Transformationsmittel: zum Beispiel durch die Belohnung der Umsetzung umfassender und wirklich schmerzhafter Wirtschaftsreformen.
2. Entscheidende externe Impulse. Im Fall von Griechenland und seinen Gläubigern erfüllt diese Rolle die Angst, dass die griechische Wirtschaft implodiert. Nur: Angst ist ein inkonsistentes Transformationsmittel.
3. Eine Alternative besteht durch den Eintritt zum Beispiel neuer politischer Akteure, die bereit sind ihre unkooperative Haltung zu ändern.
4. Neue vorteilhafte Entwicklungen könnten beide Seiten überzeugen, enger zusammenzuarbeiten. Angesichts der geringen Fortschritte bisher erscheint das unmöglich.

Wendet man Nashs Theorie an, sieht man, dass die einzige Möglichkeit darin besteht, schmerzhaft Entscheidungen weiter zu verschieben. Und auch wenn es mit den Geldgebern immer wieder Einigungen gibt: dauerhafte Lösung kann dies schlussendlich keine sein.

Fähigkeiten vs. Verbindungen

Das alte Sprichwort, dass nicht so viel zählt, „was du weißt, sondern wen du kennst“, ist so tief verwurzelt, dass wir diese Prämisse nicht in Frage stellen. Netzwerke bestimmen, welche Ideen es zum Durchbruch schaffen: Untersuchungen der University of Pennsylvania zeigen, dass selbst Erfolge von Ikonen wie Freud oder Picasso die Folge einer bestimmten Art von persönlichem Netzwerk waren. Aber mit Online-Tools wie LinkedIn wird die Fähigkeit, Netzwerke aufzubauen, immer mehr demokratisiert. Genauso wie Informationen – Kurse von Eliteunis wie Harvard bis zum MIT finden wir kostenlos online. Damit ist auch die Entscheidung gefallen, was nun tatsächlich wichtiger ist: Neues Wissen ist der wertvollste Rohstoff der Erde.



Foto: istock.com

„Nicht der ist arm, der wenig besitzt, sondern wer nach mehr verlangt.“

Lucius Annaeus Seneca, römischer Philosoph und Dichter

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

Österreich ist ein reiches Land. Ja, tatsächlich! Laut Eurostat sind wir sogar eines der reichsten Länder in der Europäischen Union. Und dennoch: Etwas ist faul. Das Bruttoinlandsprodukt, dem wir unseren guten Platz verdanken, ist zwar ein passabler Maßstab für die wirtschaftliche Entwicklung, aber es sagt wenig über den Wohlstand oder die Verteilungsgerechtigkeit in einer Gesellschaft aus. Für einen internationalen Vergleich sind deshalb zusätzliche Indikatoren (Stichwort „Glück“) und insbesondere Verteilungsmaße wie der Gini-Koeffizient heranzuziehen. Und siehe da: In Österreich herrscht dann laut Nationalbank eine ausgeprägte Ungleichheit der Verteilung von Vermögen.

Was macht Armut aus, was bedeutet Gier, und warum läuft so viel falsch im derzeitigen Wirtschaftssystem? Diesen Fragen gehen der Philosoph und Universitätsprofessor Konrad Paul Liessmann und Erste-CEO Andreas Treichl in unserem Gespräch ab Seite 6 auf den Grund.

Es ist aber nicht alles schlecht im Kapitalismus. Solange die sogenannte Leistungsgesellschaft funktioniert, also jeder und jede aufgrund ihrer oder seiner individuellen Leistung sozial aufsteigen kann, besteht Grund zur Hoffnung. Da gibt es den Afghanen in Österreich, der im alteingesessenen Grätzl ein Lokal aufsperrt, die Bulgarin, die ein Tablet für Blinde entwickelt, oder den Iraner, der mit seinem Start-up zum Liebling internationaler Geldgeber wird. ÖsterreicherInnen mit Migrationshintergrund mischen heute erfolgreich die Gründer-Szene auf (Seite 22).

Wie und wann wir unsere Leistung in der Arbeit erbringen, ist derzeit etwas, an dem eifrig herumgeschraubt wird. Besonders im Fadenkreuz ist das E-Mail. MitarbeiterInnen verbringen durchschnittlich 20 Stunden pro Woche mit Lesen, Beantworten und Archivieren von Mails – die Hälfte ihrer Netto-Arbeitszeit. In Mode kommt derzeit das Arbeiten nach Prinzipien eines sozialen Netzwerks. Der Begriff der „Social Collaboration“, also das vernetzte Arbeiten von Menschen in Projekten oder Teams mithilfe elektronischer Medien, gewinnt zunehmend an Bedeutung (Seite 10).

Lassen Sie sich also nicht entmutigen, als gelernte ÖsterreicherInnen wissen wir: Es geht schon irgendwie weiter, denn: Die Realität muss nicht immer eine Sense für Ideale sein!

Das [fpa:rkassən] Magazin Redaktionsteam



Von Stephan Scoppetta

NEUE DEFINITIONEN VON ARMUT

ANDREAS TREICHL KONRAD P. LIESSMANN



Konrad Paul Liessmann, Philosoph und Buchautor, und Andreas Treichl, Vorstandsvorsitzender der Erste Group, über den Reiz des Geldes, Armut, Reichtum und Gerechtigkeit.





SPARKASSENZEITUNG: HERR PROFESSOR LIESSMANN, SIE MEINTEN EINMAL, DASS ES SIE NICHT INTERESSIERE, GELD DURCH EINE GELDANLAGE ZU VERMEHREN.

HABEN SIE MORALISCHE BEDENKEN?

Liessmann: Moralische Bedenken habe ich keine, aber es hat mich einfach nicht interessiert. Ich wollte mein Leben nicht damit zubringen, Aktienkurse zu studieren und Spekulationsobjekte ausfindig zu machen. Ich wollte die Dinge tun, die ich gerne mache: denken, lesen, schreiben, lehren, diskutieren und dafür durchaus ordentlich bezahlt werden.

HERR TREICHL, SIE HABEN ALS BANKER IHR LEBEN DEM GELD GEWIDMET. WAS MACHT FÜR SIE DEN BESONDEREN REIZ AUS?

Treichl: Geld allein übt auf mich keinen Reiz aus. Ich bin ins Bankgewerbe eingestiegen, weil ich schlussendlich nicht den endgültigen Willen hatte, Dirigent zu werden. Ein Freund meiner Eltern, Leonard Bernstein, hat mir geraten: „Du musst das für dich selber entscheiden, aber á la longue ist es besser, ein mittelmäßiger Banker zu sein als ein mittelmäßiger Dirigent.“ Mich interessiert es, ein Unternehmen zu führen, und das Unternehmen, das ich führe, ist zufällig ein Finanzdienstleister. Ich habe immer eine große Beziehung zur Geschichte der Ersten gehabt. Ich bin fasziniert von der Ersten, aber ich bin nicht fasziniert vom Bankgewerbe.

ES IST ZWAR GUT, DASS MAN GELD HAT, ABER SONST IST ES BEDEUTUNGSLOS FÜR SIE?

Liessmann: Als philosophisches, soziales und kulturelles Phänomen ist Geld sehr spannend. Sein Ursprung liegt wahrscheinlich in der Praxis der Opfergabe. Es gibt keine Idee des Geldes, ohne dass es auch Schuld, Schuldner und Schuldige gibt. Wenn ich jemanden mit Hilfe des Geldes günstig stimmen möchte, dann erwarte ich mir auch eine Gegenleistung. Und mit der Gegenleistung bin ich wieder in einer Form von Abhängigkeit. Das heißt, die ganze Debatte, die wir aktuell führen, hat viel mit dem Wesen und dem Ursprung des Geldes zu tun.

MÜSSEN WIR ANGESICHTS DER AKTUELLEN SITUATION IN EUROPA NICHT EINEN CRASH FÜRCHTEN?

Treichl: An den glaube ich derzeit nicht. Aber trotzdem erleben wir gerade eine sehr spannende und zugleich sehr gefährliche Entwicklung in der Finanzwirtschaft. Würde man

den Märkten freien Lauf lassen, könnten sich die Zinsen so entwickeln, dass Banken Geld dafür verlangen, dass man bei ihnen Geld anlegt, und KundInnen gleichzeitig Geld dafür bekommen, dass sie bei uns einen Kredit nehmen. Klingt paradiesisch, ist in Wirklichkeit aber nur eine andere Form der Geldentwertung. Und zu glauben, dass die Menschen nicht dafür bezahlen werden, ist eine ganz grobe Lüge.

Liessmann: KundenInnen Geld für Kredite zu geben ist eine neue Art der Geldentwertung, die sich der Geldentwertung, die sich politisch leichter verkaufen lässt. Es gibt schlichtweg ein Überangebot an Geld und deshalb gibt es darauf Preisnachlässe. Will ich, dass jemand das Geld nimmt und damit etwas macht, dann muss ich heute dafür zahlen, dass ich überhaupt einen Abnehmer dafür finde.

DAS FREIE SPIEL DER MÄRKTE WÄRE IN DIESEM FALL FATAL?

Liessmann: Geldmärkte waren die letzten 60 Jahre immer von politischen Rahmenbedingungen definiert. Geldpolitik, die dazu führt, dass in einer hochentwickelten Gesellschaft ein breiter Teil der Bevölkerung verarmt, zieht politische Instabilität nach sich. Natürlich kann man sagen, das Finanzsystem ist das Allerwichtigste, dafür nehmen wir auch Massenelend und Bürgerkrieg in Kauf. Das hatten wir schon einmal im 20. Jahrhundert. Das brauchen wir aber nicht noch einmal.

GLEICHZEITIG WERDEN DIE REICHEN IMMER REICHER UND DIE ARMEN IMMER ÄRMER. WIE KANN DAS SEIN?

Treichl: Das ist eine logische Folge der Entwertung des Geldes. Nur diejenigen, die etwas haben und damit gleichzeitig ihren Lebensstandard erhalten und trotzdem Geld riskieren können, die können dazuverdienen. Die obere Mittelklasse wird nicht mehr reich, weil sie immer höher besteuert wird, und die untere Mittelklasse rutscht ab und hat gerade noch genug Geld, um die eigenen Lebensbedürfnisse zu decken. Zudem verarmen viele Menschen und müssen sich permanent damit auseinandersetzen, wie sie zu Geld kommen, um ihr Leben bestreiten zu können. Diese Schicht verbreitert sich massiv und mit einer unglaublichen Geschwindigkeit. Das finde ich gefährlich, politisch wie wirtschaftlich.

HAT HIER DIE EUROPÄISCHE POLITIK VERSAGT?

Treichl: Die Reaktion der Politik und die Art, wie auf die Finanzkrise eingegangen wurde, war richtig – nur leider nicht



konsequent genug. Wir hätten einen viel größeren Schnitt machen und endlich realisieren müssen, dass Banken Unternehmen sind, wie alle anderen auch. Wenn sie nicht funktionieren, müssen sie vom Markt genommen werden. Das ist in Europa nicht passiert, in Amerika hingegen schon.

Liessmann: Aus meiner Sicht wäre mit dem Untergang vieler europäischer Banken womöglich das Finanzsystem überhaupt kollabiert. Geld an sich hat keinen Wert. Jeder Hundert-Euro-Schein, den wir in der Tasche haben, hat nur deshalb einen Wert, weil ich weiß, ich kann ihn morgen oder auch in einem Jahr für etwas ausgeben. Das ist die Freiheit des Geldes – sie setzt aber Vertrauen in die Stabilität dieses Mediums voraus. Werde ich nun mehrmals durch eine Bankpleite um mein sauer verdientes Geld gebracht, dann verliere ich das Vertrauen. Schafft die Politik keine Rahmenbedingungen für dieses Grundvertrauen der Menschen, dann funktioniert schlicht die Geldwirtschaft nicht.

TROTZ ALLEM WIRD GELD IMMER ALS SCHLÜSSEL ZUM GLÜCK GESEHEN. SIE HABEN GELD, SIND SIE GLÜCKLICH DAMIT?

Treichl: Man wird nicht durch Geld glücklich. Ich glaube, dass ein finanziell sorgenfreies Leben die Möglichkeit gibt, glücklich zu werden. Glücklich muss man durch ganz andere Eigenschaften und Sachen werden. Menschen, die durch Geld glücklich werden, sind sehr arm.

Liessmann: Eine materielle und immaterielle Ausstattung ist eine Vorbedingung für eine glückliche Lebensführung. Das zeigen auch statistische Untersuchungen, was die Lebenserwartung, Gesundheit und Zufriedenheit betrifft. Menschen mit Geld haben einfach mehr von allem. Gleichzeitig bedeutet immer mehr Geld nicht immer mehr Glück. Ich bin glücklicher, wenn ich statt 500 Euro 2.500 Euro im Monat verdiene. Aber es macht keinen großen Unterschied mehr, ob ich 100.000 oder 500.000 Euro pro Monat verdiene. Der glückliche Arme, der glückliche Stadstreicher ist eine romantische Vorstellung, mehr aber auch nicht.

GLEICHZEITIG IST DIE KRITIK AN DEN REICHEN ZUM VOLKSSPORT GEWORDEN.

Liessmann: Jetzt kommen mir gleich die Tränen. Eine Millionärssteuer hätte in Österreich keinem geschadet. Wirtschaftliche Dynamik braucht Perspektiven, und fehlen diese, dann verfallen die Menschen in Lethargie und Resignation.

Treichl: Reich ist ein sehr relativer Begriff. Wollen wir eine Leistungsgesellschaft, dann müssen wir endlich die Arbeitseinkommen entlasten und Vermögen und Erbschaften belasten. Das passiert aber nicht, und das widerspricht meinem Gefühl einer gerechten Gesellschaft.

WAS LÄUFT DERZEIT FALSCH IM SYSTEM?

Treichl: Das Finanzsystem hat sich zu weit von den Menschen entfernt. Das eigentliche Kerngeschäft, Gelddienstleistungen für die Menschen anzubieten, ist in den Hintergrund gerückt und nur mehr maximaler Ertrag um jeden Preis zum obersten Dogma erklärt worden. Wobei, das trifft weniger auf österreichische Geldhäuser als auf internationale Investmentbanken zu. Hier müssen wir uns wieder auf die Kernwerte besinnen, und das tun wir auch.

Liessmann: Ich sehe ein Problem darin, dass die Politik in ihrer Handlungsmöglichkeit mittlerweile beschnitten wird. Technologische Innovationen, die Globalisierung und auch die Finanzmärkte entziehen sich immer mehr dem politischen Einfluss, weshalb sich die Politik auf eher symbolische Felder zurückzieht. Deshalb führen wir auch so aufgeregte Debatten über vollkommen nebensächliche Probleme. Der Staat ist bereits nackt ausgezogen. Er ist kein großer Investor mehr, er hat keine eigenen Unternehmen mehr und er kann nur noch im bescheidenen Rahmen Anreize setzen. Die Ökonomie bestimmt alles und die Politik wird nur noch als Anhängsel geduldet. Das Verhältnis zwischen Politik und Ökonomie wäre völlig neu zu denken. Auch wenn es stimmt, dass die Finanzkrise von 2008 in Europa zumindest einigermaßen gut bewältigt worden ist, hätte man doch erwartet, dass diese Krise zu einer Renaissance des politischen Denkens führt. Und zu einem klareren Bewusstsein dafür, was politische Gestaltungsmöglichkeiten, was Gestaltungskraft in Europa tatsächlich bedeuten.

WIE STEUERN WIR VERARMUNGSTENDENZEN AM BESTEN ENTGEGEN?

Liessmann: Es gibt einige Modelle, wie man dem entgegenwirken kann. Untersuchungen zeigen, dass Gesellschaften, in denen sich der Reichtum in immer weniger Händen konzentriert, wirtschaftlich nicht dynamisch werden und erstarren. Wirtschaftliche Dynamik hat mit Perspektiven zu tun, die Menschen für sich wahrnehmen können. Und die sie auch realisieren können. Wenn ich ihnen diese Perspektiven nehme, dann bricht genau diese Lethargie aus.

Treichl: Über die letzten Jahrzehnte ist bei den Menschen das Gefühl gestiegen, dass man noch mehr arbeiten muss als je zuvor – gleichzeitig wird einem immer mehr weggenommen. Die Resistenz und der Durchhaltewille der Bevölkerung ist in Wirklichkeit gigantisch. Der Frust wird aber immer größer. Immobilienbesitzer, die 16 Zinshäuser in Wien geerbt haben, spüren nichts.

DANN WIRD VERMÖGENSERHALTUNG ZUM GROSSEN THEMA. WIE SCHAFFE ICH ES, MIR ETWAS AUFZUBAUEN?

Liessmann: Die Idee einer echten Leistungsgesellschaft ist, dass die soziale und die ökonomische Position, also das, was jemand verdient und wie er oder sie es vermehrt, in erster Linie Resultat seiner oder ihrer individuellen Leistung ist. Das war die bürgerliche Idee, diese gehört zu den Grundsätzen des Kapitalismus.

Treichl: Derzeit haben wir ein langes Nullzinsen-Szenario und wir als Sparkassen müssen Wege finden, wie wir für unsere KundInnen Vermögen aufbauen können. Wenn wir weiter derart reguliert werden und unser Handlungsspielraum reduziert wird, werden wir zu reinen Versorgungsunternehmen. Dann wird das ganze Streben nach Geldvermehrung von der Schattenwirtschaft getragen werden.

Langfristig ist es ein riesiges Problem, das da auf uns zukommt. Ich mache mir große Sorgen, dass Leute wieder etwas erfinden, wie man auf verwinkelten und risikoreichen Wegen Geld verdienen kann.

Liesmann: Für eine gewisse Form von Finanzgeschäften ist vergessen eine Geschäftsgrundlage. Würde man sich erinnern, würde man vorsichtig werden.



Von Bastian Kellhofer

**SIE HABEN
(0) NEUE
NACHRICHTEN**

Umständlich und zeitintensiv – die E-Mail hat keine Zukunft mehr. Start-ups arbeiten an Alternativen für die interne Kommunikation in Unternehmen und verändern damit unseren Büro-Alltag.

20 E-Mails verschickt jeder Mensch statistisch pro Tag. Nicht nur die 2,8 Milliarden Menschen, die regelmäßigen Zugang zum Internet haben, sondern alle. Rechnet man es auf die aktiven InternetnutzerInnen herunter, sind es über 50 elektronische Nachrichten pro Tag. 145 Milliarden fließen jeden Tag durch die transatlantischen Tiefseekabel und landen in Posteingängen, Spam- und Junk-Ordern. Die E-Mail hat in den vergangenen 30 Jahren die Kommunikation geprägt, Ausdrücke wie FYI, ASAP und CU in den Schriftgebrauch integriert. Doch sie kostet Zeit. In den Büros verbringen die MitarbeiterInnen durchschnittlich 20 Stunden pro Woche mit Lesen, Beantworten und Archivieren der Dokumente. Das ist die Hälfte der Netto-Arbeitszeit.

Thomas Jackson, Wissenschaftler an der britischen Universität in Loughborough, hat sich die Auswirkungen der E-Mail-Flutwelle auf das Arbeitsleben genau angesehen. Menschen brauchen über eine Minute, um sich nach dem Lesen einer E-Mail wieder zu berappeln und den Weg in die konzentrierte Arbeit zurückzufinden. Wenn nicht noch Ausflüge auf Facebook oder andere Ablenkungsmaschinen dazwischenkommen. Zeit, dass sich etwas ändert.

ANWESEND SEIN WAR GESTERN

Im Zuge der Digitalisierung ändert sich die Art und Weise, wie miteinander gearbeitet wird. Facebook schaffte es mit der simplen Chatfunktion das Telefonbuch zu ersetzen. Twitter übernahm den Flurfunk, und seit 2004 ist das weltweit führende Projekt-Management-Tool Basecamp erhältlich, das für wenige Dollar pro Monat einem Team erlaubt, in einem geschlossenen Netzwerk Projekte oder Dokumente zu diskutieren und zu bearbeiten. 300.000 Unternehmen nutzen Basecamp weltweit. Die E-Mail spielt dann nur



Der E-Mail geht es an den Kragen. Zurecht!

noch in der externen Kommunikation eine Rolle. Den Rest übernehmen Basecamp und seine direkte Konkurrenz von Trello, Podio, Yammer oder Chatgrape. Agiles Projektmanagement, Social Collaboration sind die Schlagwörter, die jene Start-ups bedienen. Das von Arbeitsplatz, Meetings und Hierarchien losgelöste Arbeiten wird zur Methode. „Unternehmen versuchen nicht mehr, aus sich selbst heraus die besten Lösungen für ihre Weiterentwicklungen zu lukrieren, sondern schauen sich vermehrt nach Externen um, die ihnen mit ihrer Expertise weiterhelfen können“, sagt Nahed Hatahet. Er berät Firmen dabei, wie sie Produktivität und Kreativität mit einfachen Mitteln steigern können. Dabei geht es um barrierefreie Kommunikation, einfache, gemeinsame und gleichzeitige Bearbeitung von Dokumen-



ten und eine Menge Spaß bei der Arbeit. Denn Dienste wie Slack verbinden Erfahrungen aus der Games-Branche mit dem Projektmanagement: Zwischen Arbeitsanweisungen und Detail-Diskussionen kann man animierte GIFs und lustige Sprüche posten.

ÖSTERREICHER BIETEN „GEMEINSAME SPRACHE“ AN

Auch Usersnap, gegründet von den Brüdern Gregor und Robert Dorfbauer, arbeitet am Ende der E-Mail als dominantes Kommunikationstool. „Wir haben festgestellt, dass Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund und verschiedenen technischen Bildungsniveaus Schwierigkeiten haben, Probleme gemeinsam zu lösen“, sagt Gregor Dorfbauer. Ellenlange E-Mails mit Änderungswünschen an Homepage oder App werden formuliert und dann doch nicht verstanden. Usersnap bietet seinen KundInnen eine

gemeinsame Sprache an. Für 15 Euro bekommen die KundInnen des B2B-Anbieters das Basisangebot seiner Software und einen Web-Pen geliefert. Damit lässt sich direkt im Browser ein Screenshot erstellen, lassen sich virtuelle Post-its zu den Problemstellen verfassen und via Chat-Funktion Kommentare dazu abgeben.

Das US-Start-up Slack hat zur Zeit den größten Erfolg in diesem Segment. Dank einer simplen Handhabung und der Einbettung zahlreicher externer Services ist es dem Unternehmen von Gründer Stewart Butterfield gelungen, eines der Lieblingskinder des Silicon Valley zu werden. Nach einer Finanzierungsrunde zu Beginn des Jahres wird Slack mit 2,8 Milliarden Dollar bewertet. Zu den Investoren gehören so bekannte Namen wie Andreessen Horowitz, Google Venture und Accel Partners, die alle bislang keinen großen Trend verschlafen haben.

Von Milan Frühbauer

BIRGIT KURAS BÖRSE = WACHSTUMSMOTOR

Die Börsen sind Imageopfer der Finanzkrise. Das gilt auch für den Börseplatz Wien. Der Kapitalmarkt scheint hierzulande vor allem die Politik nicht mehr zu interessieren. Da müsse man gegensteuern, meint die Betriebswirtschaftlerin Birgit Kuras, seit März 2012 Mitglied des Vorstandes der Wiener Börse.

SPARKASSENZEITUNG: WAS MUSS GESCHEHEN, UM DIE WIENER BÖRSE WIEDER ZU EINER STARKEN SÄULE DES HEIMISCHEN KAPITALMARKTES ZU MACHEN?

Birgit Kuras: PolitikerInnen und EntscheidungsträgerInnen muss klar sein, dass eine florierende Volkswirtschaft und ein funktionierender Kapitalmarkt eng miteinander verbunden sind. Börsennotierte Unternehmen tragen einen großen Teil zur Wertschöpfung und zu Arbeitsplätzen in Österreich bei. Eine Börse bringt Unternehmen, die Kapital für weiteres Wachstum benötigen, mit Investoren zusammen, die Geld veranlagen wollen. Unternehmen mit einer breiteren Kapitalbasis können mehr investieren und geben mehr für Forschung und Entwicklung aus. Mehr als jeder zehnte Arbeitsplatz in der österreichischen Wirtschaft ist an die Aktivitäten der börsennotierten Unternehmen geknüpft.

IM ZUGE DER STEUERREFORM KOMMT ES MIT DER ERHÖHUNG DER KEST ETWA AUF DIVIDENDEN ZU VERSCHLECHTERUNGEN ...

Kuras: ... und das ist aus Sicht der Wiener Börse nicht erfreulich. Dass der Kapitalmarkt seitens der Politik aktiv gefördert wurde, das ist leider lange her. Ende der 80er Jahre gab es ein umfangreiches Privatisierungsprogramm, das sich regelrecht als Motor der Kapitalmarktentwicklung erwiesen hat. Es wurden Rahmenbedingungen entwickelt, die der Börse zu einem enormen Aufschwung verhalfen. Wir arbeiten intensiv daran, genau dieses starke Bekenntnis zum österreichischen Kapitalmarkt wieder zu aktivieren. Eigenkapital muss dem Fremdkapital steuerlich zumindest gleichgestellt werden. Dies kann über steuerliche Anreize stattfinden. Etwa über eine Ausnahme bei der Wertpapier-KESt für langfristige Investments oder einen zusätzlichen Absetzbetrag von zehn Prozent der IPO-Kosten für mittelständische Unternehmen.

DER BEGRIFF EIGENVORSORGE IST IN DER STEUERREFORMDEBATTE NICHT VORGEKOMMEN. IST DA DIE BÖRSE ALS INSTITUTION NICHT GEFORDERT?

Kuras: In Österreich gibt es im internationalen Vergleich nur wenige Aktionäre, was sich auch negativ auf die langfristige Vermögensbildung und auf die private Zukunftsvorsorge auswirkt. Die Wiener Börse hat sich in der Steuerreformdebatte wiederholt gegen die Erhöhung der Wertpapier-KESt ausgesprochen. Wer sein Ersparnis ausschließlich am Sparbuch belässt, kann beim realen Wertverlust zusehen. Die AnlegerInnen, die für bessere Rendite ein höheres Risiko in Kauf nehmen, werden aber leider von der Politik gehemmt. Es sollte bei der Kursgewinnsteuer eine Ausnahme für langfristige Investments geben.

IN ÖSTERREICH IST ES SEHR SCHWER, SPARRINNEN UND ANLEGERINNEN FÜR EINE RENAISSANCE DES WERTPAPIERES ZU BEGEISTERN. ORTEN SIE MITTLERWEILE EINE TRENDWENDE?

Kuras: Gerade bei der derzeitigen Zinssituation sind Aktien eine von wenigen Alternativen, um sein Geld vor der Abwertung zu sichern. Auf Jahressicht übertrifft der österreichische Leitindex heuer fast alle europäischen Leitindizes und zählt mit einem Plus von rund 15,5 Prozent (inklusive Dividenden 17,2 Prozent) zu den Top-Performern. Zur Chance auf Kurssteigerungen kommt meist noch eine Dividende dazu. Bei unseren 20 größten und meistgehandelten Unternehmen beträgt die Dividendenrendite im Durchschnitt drei Prozent, bei einzelnen Firmen sogar über fünf Prozent. Das ist deutlich mehr als die Zinsen am Sparbuch.

IST DIE GRÖSSE DES FINANZPLATZES ÖSTERREICH VON VOR- ODER VON NACHTEIL?

Kuras: Die Überschaubarkeit des Marktes hat Vorteile, denn man ist den heimischen KapitalmarktteilnehmerInnen immer sehr nahe. So kann die Wiener Börse ihren Unternehmen zahlreiche Services bieten, die es an großen Börsen nicht gibt. Auch die Qualität der gelisteten Unternehmen ist hervorzuheben.

SIND KMU EINE ZIELGRUPPE FÜR DIE BÖRSE WIEN?

Kuras: Bei mittelständischen Unternehmen gibt es sicherlich Potenzial. Sie sind oft nur mit einer geringen Eigenkapitalquote ausgestattet und finanzieren sich traditionell mit Fremdkapital. Wenn ein Wachstumskurs angestrebt wird, hat Eigenkapital im Vergleich zu Fremdkapital viele Vorteile. Die vergangenen Krisenjahre haben gezeigt, dass die Verbreiterung der Kapitalbasis entscheidend zu einer stabilen Unternehmensentwicklung beitragen kann. Schon 2007 hat die Wiener Börse für kleine und mittlere Unternehmen den „mid market“ eingeführt. Dieses Segment bietet flexible Rahmenbedingungen für den Börsenstart. Es ist sowohl ein Listing in den geregelten Märkten als auch eine Einbeziehung in den Dritten Markt der Wiener Börse möglich.

ZEICHNEN SICH FÜR DIE KOMMENDEN MONATE BÖRSENGÄNGE IN WIEN AB?

Kuras: Aus persönlichen Gesprächen und unseren regelmäßigen Informations-Workshops für Unternehmen wissen wir, dass es von einigen Firmen konkretes Interesse an einer Finanzierung über den Kapitalmarkt gibt. Aber zu welchem Zeitpunkt wir Börsengänge sehen werden, hängt vom aktuellen Umfeld ab und lässt sich nicht seriös vorhersagen.

Nachhaltige Innovationen, kreative Lösungen und hohe Qualitätsstandards prägen seit Jahrzehnten die Produktpalette des Liebherr-Werks im Land Salzburg. Hier werden die mächtigen Radlader der Firmengruppe entwickelt, produziert und vertrieben.

Die Erfindung des mobilen Turmdrehkrans im Jahr 1949 ist zugleich die Geburtsstunde des Unternehmens Liebherr: In der Nachkriegszeit sind weite Teile Deutschlands im Wiederaufbau. Hans Liebherr, der das Baugeschäft seiner Eltern in Süddeutschland leitet, erkennt den Bedarf an Werkzeugen und Maschinen. Gemeinsam mit Konstrukteuren und Handwerkern entwickelt er 1949 den ersten mobilen Turmdrehkran. Obwohl die Einführung vorerst enttäuschend verläuft, wird damit der Grundstein für den Erfolg der Firmengruppe Liebherr gelegt. Liebherr ist von seiner Entwicklung überzeugt und arbeitet zielstrebig an der Umsetzung seiner Pläne, bis die ersten großen Aufträge eingehen.

Innerhalb des ersten Jahrzehnts entwickelt sich die kleine Baufirma zu einem etablierten Hersteller von Baumaschinen und vielen weiteren technisch anspruchsvollen Produkten. Auch das erste Werk im Ausland wird in Betrieb genommen. Der Pionier setzt auf Expansion, ohne seine Unabhängigkeit zu gefährden. „Ich bin nie ein Risiko eingegangen. Ich habe immer nur so weit disponiert, wie mein Arm reicht“, schildert der Unternehmer, der 1993 verstirbt. Aus diesem Grund finanziert er alle Vorhaben über Eigenkapital. Bis auf sparsame Entnahmen bleiben die Gewinne im Unternehmen. Damit werden Forschung, Entwicklung, Produktion und Vertrieb weiter optimiert. Eine Strategie, die sich auszahlt.

EXPANSION NACH ÖSTERREICH

1960 wird das erste österreichische Liebherr-Werk in Bischofshofen gegründet. Der Ort im Salzburger Pongau ist international bekannt als Austragungsort der Vierschanzentournee – Sport und Tourismus spielen eine große Rolle, zudem ist die Industrie ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Ein guter Standort also für die Firma Liebherr, die dort derzeit rund 1.000 MitarbeiterInnen beschäftigt. Weitere österreichische Werke befinden sich heute in Korneuburg, Lienz, Nenzing und Telfs. Die Firmengruppe beschäftigt in Österreich insgesamt mehr als 4.900 MitarbeiterInnen. „Er wollte immer, dass alle Verantwortung übernehmen“, erzählt Nachfolger Willi Liebherr über seinen Vater. Das gilt auch für die MitarbeiterInnen.

Gründer Hans Liebherr will keinen zentralen Großkonzern. Er setzt auf weitgehend eigenständige Unternehmensteile, in denen er seinen MitarbeiterInnen Entscheidungsspielraum lässt. „Ich will nicht, dass ein Werk von oben geführt wird“, lautet die Philosophie von Hans Liebherr. Nach

dem Tod des Firmengründers übernehmen seine Kinder die Firma. Inzwischen sind auch bereits die ersten Vertreter der dritten Generation in die Firmenleitung eingestiegen.

Mit einer umfassenden Erweiterung werden 2013 am Standort Bischofshofen die Weichen für die Zukunft gestellt. Es wird unter anderem ein neuer Schweißroboter in Betrieb genommen und ein neues sechsstöckiges Sozial- und Verwaltungsgebäude errichtet. Um auf die wachsenden Anforderungen des internationalen Wettbewerbs vorbereitet zu sein, wird die Produktpalette erweitert. Sie umfasst aktuell 15 verschiedene Modelle in vier verschiedenen Produktgruppen: Compactlader, Stereolader, Radlader der mittleren Baureihe und große Radlader – darunter mit dem L 586 der größte hydrostatisch betriebene Radlader der Welt. Zu seinen treuen Partnern zählt Liebherr auch die Salzburger Sparkasse.

„In Bischofshofen wird für die Märkte in Europa und Nordamerika produziert“, erklärt Manfred Santner, Geschäftsführer der Liebherr-Werk Bischofshofen GmbH. Außerdem ist das Werk eng in den internationalen Liebherr-Konzern eingeflochten und kooperiert mit anderen Liebherr-Werken. Besonders stark vernetzt ist es mit den gemischten Liebherr-Produktionsgesellschaften in Dalian (China) und Guaratinguetá (Brasilien). Auf Basis dieser Zusammenarbeit wurde eine eigene Produktlinie für aufstrebende Märkte außerhalb Europas und Nordamerikas konzipiert – das Liebherr-Werk Bischofshofen trägt dafür die Produktlinienverantwortung. Diese Erweiterung der Produktpalette stellt einen weiteren Meilenstein in der internationalen Entwicklung der Liebherr-Werk Bischofshofen GmbH dar.

Um dem hohen Anspruch an die Qualität der Produkte gerecht zu werden, legt Liebherr Wert darauf, Kernkompetenzen selbst zu beherrschen. Deshalb kommen wichtige Baugruppen aus eigener Entwicklung und Fertigung. Der Grundstein für diese Sparten wurde noch vom Firmengründer selbst gelegt. Es werden eigene Motoren hergestellt, die auch unter schwierigsten Bedingungen zuverlässig arbeiten. Im Fokus stehen dabei vor allem die Wirtschaftlichkeit und die Leistungsfähigkeit der Maschinen. Interessierte KundInnen konnten die Geräte soeben bei der vierten Liebherr-Roadshow in Österreich und Tschechien begutachten: Unter dem Motto „Vielfalt erleben“ wurden 22 Baumaschinen präsentiert, die natürlich auch getestet werden durften.

Die Firma Liebherr zählt mit ihren Innovationen zu den Pionieren im Bau von schweren Baumaschinen.

Von Gudrun Dürnberger

STARKE MASCHINEN



Foto: Liebherr

von Milan Frühbauer

KEIN ‚TOO SMALL TO SUCCEED‘-PROBLEM SCHAFFEN

Im Wirtschaftswachstum gibt Deutschland derzeit die Lokomotive, Österreich einen der hinteren Kurswagen. Im Bankenvergleich hingegen heißt es nicht selten: Wie sich doch die Bilder gleichen! Georg Fahrenschon, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) gibt interessante Einblicke in Bankenunion, Reglementierungswut, Niedrigzinspolitik und deren unterschätzte Folgen für die Gesellschaft.

DIE EUROPÄISCHE BANKENUNION STEHT, DIE NATIONALEN REGULATIVE SIND DEFINIERT – WARUM FÜHLEN SICH VIELE BANKEN DERZEIT „ÜBERREGULIERT“?

Georg Fahrenschon: Weil es nicht nur die beinharte Aufsicht der EZB für die 123 systemischen Banken der Währungsunion gibt, sondern weil daneben an vielen Stellen auf nationaler Ebene noch aufgesattelt wurde und wird. Die nationalen und internationalen Regulatoren haben Konjunktur. Das Ergebnis ist ein Mehr an Regulatorik, das selbst erfolgreiche Sparkassen – aufgrund ihrer Größe – in Ertragsbedrängnis bringt. Wir befürchten, dass man am Ende das ‚too-big-to-fail‘-Problem nicht gelöst haben wird, aber statt dessen ein ‚too-small-to-succeed‘-Phänomen geschaffen hat.

WAS MEINEN SIE KONKRET?

Fahrenschon: Der bürokratische Aufwand trifft regional aufgestellte, dezentrale Retailbanken überproportional. Von den vereinheitlichten Vorschriften profitieren nur die grenzüberschreitend tätigen Großbanken. Wir wünschen uns hier mehr Augenmaß und ein deutlich abgestuftes Vorgehen.

WARUM IST DIE UNTERSCHIEDUNG ZWISCHEN DEN INTERNATIONAL TÄTIGEN GROSSBANKEN UND REGIONALEN KUNDENBANKEN SO SCHWER ZU VERMITTELN?

Fahrenschon: Ich denke, das liegt zum Großteil an der eigenen Erfahrung der handelnden Politiker. Wer in einem Land aufgewachsen ist, in dem börsennotierte Großbanken tonangebend sind, wird sich schwerer tun, auf die Leistungsstärke von regionalen Kreditinstituten zu vertrauen. In Deutschland sind Sparkassen und Landesbanken der mit Abstand wichtigste Financier des Mittelstandes, der das Rückgrat der Deutschen Wirtschaft ausmacht, auch beim Export. Nicht nur die SparerInnen, sondern auch die kleinen und mittleren Unternehmen in der Region können sich auf uns als Kreditgeber verlassen. Deswegen setzen wir uns auf EU-Ebene dafür ein, die Vielfalt im Bankensystem zu stärken.

DER DSGV HAT SICH JÜNGST RECHT KRITISCH ZUR KAPITALMARKTUNION GEÄUSSERT. WAS MACHT SIE SKEPTISCH?

Fahrenschon: Man darf hier zwei Dinge nicht übersehen: Die klassische Hausbank muss im Interesse einer florierenden Regionalwirtschaft erhalten bleiben. Vor allem die vielen erfolgreichen Familienbetriebe darf man von den Kreditinstituten nicht abschneiden. Darüber hinaus warne ich davor, die kapitalmarktorientierte Unternehmensfinanzierung zu einem Flaggschiff-Projekt zu machen. Das ist eine Überreaktion. Wir haben kein Finanzierungsproblem in der deutschen Wirtschaft. Direkte Kapitalmarktfinanzierungen können für einige KundInnen eine Ergänzung sein. Hauptfinanzierungsquelle bleibt aber weiterhin der Bankkredit. Es stimmt uns hoffnungsfroh, dass dies mittlerweile auch die EU-Kommission so kommuniziert.

WIR SIND IN EINER LANGEN NIEDRIGZINS-PHASE – WELCHE KONSEQUENZEN DIESER POLITIK SEHEN SIE FÜR SPARQUOTE UND PRIVATE GELDVERMÖGENSBILDUNG?

Fahrenschon: In Deutschland liegt die Sparquote bei knapp zehn Prozent, das ist angesichts des Zinsniveaus noch ein respektabler Wert. Der Realeinkommenszuwachs der BürgerInnen war als Folge sinkender Inflation hoch und die deutschen Privathaushalte sind durchaus liquide. Aber es gibt akute Gefahren: Die Hälfte der Deutschen unter 30 Jahren spart derzeit überhaupt nichts mehr. Das kann für Altersvorsorge und künftigen Lebensstandard fatale Folgen haben. Gesellschaftspolitisch ist es auch sehr bedenklich, dass gerade den mittleren Generationen die Geldvermögensbildung praktisch unmöglich gemacht wird. Sie werden um den Sparzuwachs betrogen.

WARUM IST DIE VERMITTLUNG VON WERTPAPIEREN ALS ALTERNATIVE SELBST IN DEUTSCHLAND SO SCHWIERIG GEWORDEN?

Fahrenschon: Das Wertpapier wäre ein kleiner Ausweg aus

der Zinskrise. Aber wir haben es bei der Beratung mit Dokumentationspflichten zu tun, die enorm sind. Ein Fondsparplan etwa für einen Familienvater macht schon einen Beratungs- und Belehrungsaufwand von zwei Stunden aus. Von den vielen Seiten an Dokumentationen – die von den KundInnen ohnehin nicht gelesen werden – ganz zu schweigen.

WIE WIRD ES IN DER ZINSPOLITIK IHRER MEINUNG NACH WEITERGEHEN?

Fahrenschon: Mich beschäftigt sehr, dass die Fed immer wieder die Rückkehr aus der gegenwärtigen Zinspolitik in Aussicht stellt, während das von der EZB nicht einmal zwischen den Zeilen zu lesen ist. Die künstlich niedrig gehaltenen Zinsen sind nicht normal. Der Zins ist doch ein wichtiger Preis für Konsumverzicht und Risikoübernahme. Wollen wir in Europa eine Gesellschaft, die ewig auf Pump lebt?

ÖSTERREICH HINKT DERZEIT ÖKONOMISCH DEUTLICH HINTER DEUTSCHLAND NACH. WORIN SEHEN SIE DIE URSACHEN?

Fahrenschon: Die österreichische Wirtschaft ist stärker als andere von der Wachstumsschwäche im zentral- und ost-europäischen Raum betroffen. Es fehlen wohl auch einige Reformen, die wir in Deutschland mit der Agenda 2010 vorweggenommen haben und die vor allem am Arbeitsmarkt gewirkt haben. Aber ich sehe Österreich durchaus positiv: hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit und eine breite Branchenverteilung in Innovation sowie Exportintensität, mit einer ganzen Reihe von hochspezialisierten Industrien.



Von Bastian Kellhofer

ECHTE PIONIERE

Über 3.000 TeilnehmerInnen, PressevertreterInnen aus aller Welt und die weltweit spannendsten Innovationen aus dem Hightech. Das Pioneers Festival in der Wiener Hofburg entwickelt sich zum Kern der europäischen Start-up-Szene.

Es geht nicht mehr um pures Wachstum. Die Hofburg platzt aus allen Nähten, lang sind die Schlangen am Eintrittskartenschalter vor dem Eingang. „Wir wollen nur mehr qualitativ nach vorne kommen. Die richtige Größe haben wir mittlerweile erreicht“, sagt Andreas Tschas, Co-Gründer des Festivals. Und auch auf dieser Seite hat das Pioneers Festival 2015 schon einiges zu bieten. So präsentierte Dirk Ahlborn, technischer Leiter des „Hyperloop Project“ erstmals in Europa seine Vision eines druckbetriebenen Transportzuges. Ahlborn ist einer der engeren Vertrauten von Tesla-Gründer Elon Musk und ein Held der Start-up-Szene.

Das Pioneers ist auch eine Veranstaltung, bei der Unternehmen die Nähe zu jungen GründerInnen suchen – es geht dabei um finanzielle Beteiligungen, aber auch um den Austausch von Ideen und Ressourcen. Immer mehr private Geldgeber springen auf den Zug auf. „Speedinvest 2“, ein heimischer Risikokapital-Fonds, ist nun auf die Größe von 60 Millionen Euro angeschwollen. Mit an Bord sind zahlreiche prominente InvestorInnen. Das Beteiligungs- und Beratungsunternehmen Venionaire Capital legt gerade einen eigenen Venture-Capital-Fonds in Höhe von 100 Millionen Euro auf. Alle tummeln sich im Umfeld von Pioneers-Gründer Andreas Tschas. Der beschreibt die Stimmung unter den jungen Wilden als durchwegs positiv. „Jetzt ist es aber an der Zeit, dass sich politisch etwas tut“, sagt der

33-Jährige. „Wir stellen eine Menge privates Kapital auf, um die Finanzierung Erfolg versprechender digitaler Unternehmen in den ersten Jahren zu gewährleisten, aber um den Standort Wien richtig zum Fliegen zu bringen, braucht es politischen Willen.“ Tschas spielt auf die absurd hohen Lohnnebenkosten und das mangelnde Fingerspitzengefühl bei der Ansiedlung von Bürokomplexen für die Szene an. „Die Politik hat noch nicht begriffen, dass wir mit unseren Innovationen die einzige Chance sind, Österreich in Zukunftsbranchen nach vorne zu bringen.“ Einer, der sich der Entwicklung einer veritablen Standortpolitik verschrieben hat, ist ÖVP-Staatssekretär Harald Mahrer. Er brachte das Crowd-funding-Gesetz auf den Weg und ist immer wieder mit VertreterInnen der Szene im Silicon Valley anzutreffen. Mahrer will Tech-Start-ups zur Chefsache machen: „Das Bekenntnis zu den jungen Unternehmen muss Vorrang haben, hier liegt das Zukunftspotenzial des Landes. Ich will, dass Österreich binnen weniger Jahre zum Innovation-Leader wird.“

ZWÖLF MILLIARDEN EURO IM VORJAHR FÜR WENDIGE UNTERNEHMEN

Eines der großen Themen des heurigen Pioneers Festivals waren die Veränderungen im Bankensektor. Boris Marte, Leiter des Innovationslabors Erste Hub und Geburtshelfer des neuen Online-Bankings „George“, konstatierte in einer



offenen Diskussion, dass es elementar sei, rechtzeitig „auf die rasant um sich greifende Digitalisierung zu reagieren“. Start-ups würden sonst den Instituten mit einer verbesserten User-Experience und einfachen, digitalen Services die KundInnen in einzelnen Sparten abgraben. Vor drei Jahren deuteten erste Start-up-Gründungen auf einen neuen Angriff hin. Von der Finanzmetropole London aus begannen findige Entrepreneure mit der Segmentierung des Bankensektors. Crowdfunding-Plattformen wie „Kickstarter“ verschafften kleinen Projekten in wirtschaftlich wankelmütigen Zeiten kleine Kredite aus der Community. „Flatlr“ nahm sich der ohnehin klammen Kreativszene an, „Stripe“, der Online-Bezahlung beim Shopping, „Transferwise“ der Auslandsüberweisungen und „Wikifolio“ des sozialen Online-Broking. Die Liste ließe sich lange fortführen. Investoren pumpten im vergangenen Jahr zwölf Milliarden Euro an frischem Geld in die wendigen Unternehmen. Zudem halten sich die Gerüchte hartnäckig, dass auch die Online-Riesen Facebook und Google an eigenen Bezahl-Systemen arbeiten.

ETWAS BESITZEN, WAS DER ANDERE DRINGEND WILL

Die Spotlight-Diskussion war als erste Veranstaltung überhaupt ausgebucht, und enthusiastische Finanzvisionäre diskutierten in einer hochkarätig besetzten Runde mit Stefan Klestil (Partner Speedinvest und Vorstandsmitglied von Holvi), Johan Lorenzen (CEO Holvi), Maximilian Tayenthal (Co-Founder Number26), Peter Bosek (Chief Retail Officer Erste Group) und Michael Müller (Co-Founder Paysafecard). „Das ist die beste Zeit für Banken, vor ein paar Jahren war das noch die langweiligste Branche überhaupt. Aber jetzt bewegt sich dort vieles“, meint Fintech-Experte Stefan Klestil. Und es gab einige Streitpunkte vor dem Publikum aus BankerInnen und GründerInnen: Die Start-ups sind wendig, agil und innovativ, die Banken haben einen gewachsenen Kundenstamm. Beide haben jeweils, was der andere will. Peter Bosek konstatierte, dass die Bankhäuser viel von den Start-ups lernen und sich die Institute langsamer bewegen würden, aber die Zeichen der Zeit erkannt hätten. Der Schlüssel zum Erfolg liege für alle in der Kooperation, nicht in der Konkurrenz. Und so ist es auch nicht verwunderlich, dass beim Prestige-Projekt „George“ zahlreiche Fintech-ExpertInnen direkt involviert waren.



Von Armand Feka

Partner – Steiermärkische Sparkasse

AKADEMISCHE START-UP-GRÜNDER



Alles, was man benötigt, ist die richtige Perspektive: ein Ökosystem, das in seiner Infrastruktur die besten Voraussetzungen für Erfolg bietet. Dass es nicht unbedingt das allseits bekannte Silicon Valley oder Tel Aviv „Start Up City“ sein muss, beweisen die Senkrechtstarter von CrossCloud in Graz.

In gewisser Hinsicht ist es die typische Start-up-Geschichte, nur findet sie dieses Mal im heimeligen Österreich statt. Ende 2013 arbeiten Studenten der Technischen Universität Graz an einem Projekt über Storage-Lösungen im Internet. Grob erklärt. Denn eigentlich steht schon bald fest, was man wirklich möchte: mehrere Cloud-Storage-Dienste (Dropbox, Google Drive etc.) in einer einzigen Anwendung verwalten und es allen NutzerInnen möglich machen, ihren Daten einfach zu verschlüsseln. „Nachdem wir fast ein Jahr intensiv an der Idee arbeiteten, haben wir Ende 2014 unser Unternehmen gegründet“, erzählt Christoph Hechenblaikner, Geschäftsführer des jungen Unternehmens. „Wir haben zunächst Erfahrungen in den USA gesammelt, sehr gute Unterstützung im Silicon Valley erfahren und auch Wettbewerbe mit unserer Idee gewonnen. Zu diesem Zeitpunkt hatten wir jedoch erst einen sehr rudimentären Prototyp des Produkts entwickelt. Dies und der Mangel an Erfahrung und ‚track-record‘ machten es für uns relativ schwierig, in dieser Konstellation Investoren zu finden.“

Anfang letzten Jahres zieht es die Jung-Gründer nach Berlin, wo sie ihre Ideen in einem Start-Up-Accelerator, einem Programm in dem Unternehmer Mentorship und finanzielle Unterstützung erhalten, reifen lassen. „Obwohl wir mit CrossCloud privaten NutzerInnen ermöglichen, all ihre verschiedenen Cloud-Speicher-Lösungen gemeinsam zu nutzen, ist unser primärer Zielmarkt und unsere Vision eine

andere“, erklärt Hechenblaikner. „Wir wollen Unternehmen helfen, die Nutzung von Cloud-Storage transparent und sicher zu machen – ein großer Anteil der MitarbeiterInnen in Unternehmen nutzt private Cloud-Speicher-Dienste, um Unternehmensdaten zu teilen. Das schafft jedoch für die Unternehmen ein immenses Sicherheitsproblem: Die Nutzung dieser Services ist nicht transparent und kann nicht kontrolliert werden, vertrauliche Daten können das Unternehmen ungewollt verlassen und es ergeben sich schwerwiegende Datenschutzprobleme.“ Der 26-jährige Geschäftsführer ist sich sicher: „MitarbeiterInnen werden immer die Lösung finden, die für sie am einfachsten ist und die sie am produktivsten macht. CrossCloud erlaubt die Nutzung solcher Services, während dem Unternehmen im Hintergrund die nötige Kontrolle und Sicherheit zurückgegeben wird. „Wir sehen die Zukunft der Unternehmens-IT klar definiert durch die NutzerInnen und die Services, die sie verwenden wollen. Mit CrossCloud schaffen wir eine Situation, in der dies mit der nötigen Sicherheit und Kontrolle für das Unternehmen passieren kann.“

Das richtige Ökosystem, um zu wachsen, haben CrossCloud für den Moment in Graz gefunden. „Das Silicon Valley hat historisch natürlich immense Vorteile und ist sehr weit entwickelt. Was jedoch viele unterschätzen ist, dass Österreich sehr viele Talente, das nötige Know-how und richtig gute TechnikerInnen hat!“

Von Armand Feka

MICHAEL IKRATH IST AB OKTOBER MITGLIED DES EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSSES.

1957: ein geschichtsträchtiges Jahr für Europa. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft – die Vorgängerorganisation der heutigen Europäischen Union – wurde durch einen Kraftakt deutsch-französischer Zusammenarbeit aus der Taufe gehoben. Im selben Jahr wurde auch der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss, kurz EWSA gegründet.

Die komplexen Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft Europas können nur mit Hilfe erstklassiger sachpolitischer Expertise bewältigt werden. Die Fachkompetenz der EU-Mitglieder ist im EWSA beheimatet. Als eine der fünf EU-Institutionen steht er den anderen vier – Kommission, Parlament, Rat und Ausschuss der Regionen – als politischer Berater zur Seite. Der EWSA erarbeitet Stellungnahmen zu strategisch wesentlichen EU-Legislativvorschlägen und forciert selbstständig Themen, die aus Ausschussicht für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der EU weitreichende Bedeutung haben. Die dem EWSA zugeordnete Mitgestaltung der EU-Politik wird von seinen 350 Mitgliedern, die nach einem Größenschlüssel von den Regierungen der Mitgliedstaaten entsandt werden, wahrgenommen. Diese setzen sich zu je einem Drittel aus Arbeitgeber- und ArbeitnehmervertreterInnen sowie RepräsentantInnen sonstiger wirtschaftlicher und sozialer Institutionen zusammen.

KONSENSFINDUNG IM SPANNUNGSFELD

„Die Funktion im Ausschuss ist ehrenamtlich und hängt in ihrer Wirksamkeit sehr vom persönlichen Engagement, der Sachkompetenz und beruflichen Praxiserfahrung des Einzelnen ab. Die EWSA-Mitglieder vertreten ein breites Spektrum an wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Positionen. Dieses Spannungsfeld macht die Arbeit und jede Konsensfindung interessant“, betont Christa Schweng, die seit 17 Jahren im Ausschuss tätig ist und von der WKÖ kommt.

Der EWSA ist, vergleichbar der Struktur des Europäischen Parlaments, in sechs Fachausschüsse untergliedert, in denen die sachpolitische Arbeit konzentriert ist. Österreich stellt für die neue, im Oktober 2015 beginnende, fünfjährige Arbeitsperiode des EWSA zwölf VertreterInnen, die von der Bundesregierung nominiert werden. Künftig soll der Generalsekretär des Sparkassenverbandes, Michael Ikrath, einer von ihnen sein und sich in den Fachausschüssen „Wirtschaft- und Währungsunion – ECO“ und „Verkehr, Energie, Infrastrukturen, Informationsgesellschaft – TEN“ engagieren.

„Es ist ausgesprochen interessant, diese Aufgabe just in einer Phase massiver Problemstellungen und mit dem Erfordernis grundlegender neuer Weichenstellungen in der EU zu übernehmen. Faszinierend, so an dem alternativenlosen Ziel einer nachhaltig integrierten Wirtschafts- und Sozialunion direkt mitwirken zu können. Meine parlamentarische und berufliche Erfahrung wird mir dabei ebenso helfen wie die schon bestehenden Kontakte zu den EU-Institutionen. Schön für mich ist es, dass ich jenen Einsatz für ein gemeinsames Europa, dem ich mich schon als Vorsitzender der Jungen Europäischen Studenteninitiative (JES) und danach in der Jungen Industrie (JI) verschrieben hatte, nun auf europäischer Ebene fortsetzen kann – da schließt sich mein beruflicher Lebenskreis“, stellt Michael Ikrath fest.

**EU-INSTITUTION
IM SCHATTEN VON
KOMMISSION,
PARLAMENT UND RAT**

Der Afghane, der im alteingesessenen Grätzel ein Lokal aufsperrt. Die Bulgarin, die ein Tablet für Blinde entwickelt, oder der Iraner, der mit seinem Start-up internationale Geldgeber anzieht: Österreichs Gründerszene wird internationaler. Denn jährlich kommen 25.000 Menschen nach Wien und die Situation auf dem Arbeitsmarkt bleibt angespannt. Also versuchen viele ihr Glück in der Selbständigkeit. Eine Studie der L&R Sozialforschung hat sich im Auftrag der Arbeiterkammer der migrantischen Ökonomie angenommen. Das Fazit: Jeder bzw. jede dritte Selbständige in Wien stammt nicht aus Österreich. Zwei Drittel der migrantischen Unternehmen sind EPU.

So startete auch Erkan Genc ins Geschäftsleben. Der Installateur kam mit elf Jahren im Zuge einer Familienzusammenführung aus der Türkei nach Österreich. Genauer: nach Hainburg in Niederösterreich. Dort passte er sich sehr schnell an und zeigte nach einem holprigen Start in der Schule Biss. „Ich war immer schon ein Leitwolf. Schon als Kind war ich derjenige, der sagte, was gespielt wird“, erzählt der 33-Jährige. „Mein Vater war sein ganzes Leben lang Gastarbeiter und ich wollte zeigen, dass wir Migrantenkinder mehr aus uns machen können. Mein Vater hat geschuftet, um mir eine gute Ausbildung zu ermöglichen, deshalb habe ich immer alles gegeben. Ich wollte ihm und Österreich etwas zurückgeben und allen beweisen, dass ich die Chancen nutze, die mir das Leben liefert.“

„ZUFRIEDEN MIT DEN JUNGS“

Diese Chance ergreifen jedes Jahr mehr MigrantInnen in Österreich. Von den insgesamt 76.322 Selbständigen haben 22.309 (29 Prozent) einen Migrationshintergrund. Die Tendenz zeigt klar nach oben. Die eingewanderten UnternehmerInnen stammen maßgeblich aus dem ehemaligen Jugoslawien (16 Prozent), aus den Staaten der EU-Osterweiterung (44 Prozent) und so wie Installateur Genc, aus der Türkei (11 Prozent). Nach der Hauptschule fand Genc eine Lehrstelle als Installateur, im Anschluss machte er seinen Meister und entschied sich 2008 für den Weg in die Selbständigkeit. Nachdem er in den ersten Jahren Lehrgeld bezahlen musste und, sich langsam als eine feste Größe in der Region etablierte, gelingt es Genc mittlerweile, auch Großaufträge in Wien an Land zu ziehen. Letztes Jahr machte er 800.000 Euro Umsatz und beschäftigte sieben Angestellte. „Es gibt in meiner Branche leider einen Fachkräftemangel. Aber ich bin sehr zufrieden mit meinen Jungs. Ich bringe auch ihnen bei, dass es elementar wichtig ist, sich ständig weiterzubilden, wenn man Erfolg haben möchte.“ Einen Beitrag hat auch die Sparkasse Hainburg-Bruck-Neusiedl geleistet, die sein Unternehmen unterstützt hat.

PARADEBEISPIEL UND POSTERBOY

Es ist also längst nicht mehr so, dass MigrantInnen sich lediglich hinter ethnischen Geschäftsmodellen verstecken. Sie sind mitten in der Gesellschaft angekommen. „Die Qualität der Geschäftsideen hat sich in den vergangenen Jahren stark verbessert. Es gibt Innovation, spannende Persönlichkeiten und grenzüberschreitendes Expansionsdenken“, sagt Tülay Tuncel, Leiterin der MigrantInnen-Gründerberatung bei der Wirtschaftsagentur Wien. Eines dieser Paradebeispiele ist Ali Mahlodji. Der 33-Jährige kam als Flüchtlingskind nach Österreich. „Meine Mutter hat mir beigebracht, dass ich immer versuchen soll, besser als die Einheimischen selbst zu sein. Diesen Rat habe ich beherzigt“, erzählt der Start-up-Gründer. Im Vergleich zu ÖsterreicherInnen (7 Prozent) sind MigrantInnen häufiger selbständig (11 Prozent). Auch der Anteil der UnternehmerInnen ist bei MigrantInnen mit 40 Prozent um 10 Prozent höher als bei ÖsterreicherInnen. Aber weshalb gibt es diese Tendenz? Die Gründe sind, wie bei InländerInnen auch, sehr unterschiedlich: Eigenständigkeit, Selbstverwirklichung und Autonomie sind die Hauptargumente. Dazu gesellen sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen: Mangelnde Alternativen am Arbeitsmarkt werden als einer der Hauptgründe genannt. „Die erhöhte Betroffenheit des Motivs der Vermeidung von Arbeitslosigkeit verweist auf eine höhere Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit“, sagt Thomas Ritt von der Arbeiterkammer.

Fast die Hälfte der MigrantInnen war in den vergangenen zehn Jahren zumindest einmal arbeitslos, während es bei ArbeitnehmerInnen ohne Migrationshintergrund lediglich 12 Prozent waren. Gründer Mahlodji kämpfte sich nach abgebrochener Schule durch Abendschulen und berufsbegleitende Studien zu einem der gefragtesten Nachwuchskräfte in Informatik durch. Er bekam Jobs bei Siemens und Sun Microsystems und gründete 2012 „Whatchado“, ein Start-up, das mittels Lebensgeschichten Jugendlichen bei der Jobsuche hilft. Es ist eines der erfolgreichsten im ganzen Land.

Ein weiteres Ergebnis der Studie: Das formale Bildungsniveau der Befragten ist hoch. Jeder bzw. jede dritte Befragte hat die Matura, und 36 Prozent haben gar einen Hochschulabschluss. Nichtsdestotrotz ist das Netto-Einkommen gering. 46 Prozent gaben an, 1.000 Euro im Monat zu verdienen, weitere 26 Prozent höchstens 1.500 Euro. „Ein Großteil der Abschlüsse wird anerkannt, aber die Akzeptanz am Arbeitsmarkt ist eine andere“, sagt Wolfgang Ritt von der Arbeiterkammer. Auch Erkan Genc stieß anfangs auf Probleme: KundInnen und LieferantInnen schlugen nur zögerlich ein. „Bis die Leute gemerkt haben, dass ich mich hier integrieren und durchsetzen will. Wenn du gute Arbeit ablieferst, fragt keiner mehr, wo du herkommst.“

Von Bastian Kellhofer

DIE GRÖSSTE REISE

Rund ein Drittel aller Selbstständigen in Österreich hat Migrationshintergrund. Und die meisten sind sehr gut ausgebildet. Die Gründerszene in Österreich ist durchmischt und vor allem eines: auch migrantisch.

Der 33-jährige Ali Mahlodji kam als Flüchtlingskind nach Österreich und gründete 2012 die erfolgreiche Karrierewebsite „Watchado“. Heute ist er gern gesehener Poster-Boy der österreichischen Start-up-Szene.



Von Alexandra Rosetti-Dobslaw

ROM, DAS HEISST MENSCH:

UNTERNEHMERTUM ALS ANTWORT AUF SOZIALE AUSGRENZUNG

Die Einbindung von Europas größter ethnischer Minderheit, den Sinti und Roma, gehört zu den komplexesten sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben in europäischen Gesellschaften.

Nach wie vor werden Roma, die seit mehr als tausend Jahren ein wesentlicher Teil der europäischen Zivilisation sind, in weiten Teilen Zentral- und Osteuropas in Schlüsselbereichen des gesellschaftlichen Lebens sozial ausgegrenzt und diskriminiert. Dies zeigt sich insbesondere in Benachteiligungen am Arbeitsmarkt. Dazu zählt auch, dass es den Roma nahezu unmöglich gemacht wird, beispielsweise Unternehmen zu gründen, bei denen sie auf die Unterstützung von Nicht-Roma angewiesen wären. Die Initiative ERSTE Foundation Roma Partnership fördert daher erfolgreiche Projekte, die Arbeitsplätze für Roma schaffen, und versucht, Best-Practice-Initiativen miteinander zu vernetzen. Die Partnerschaft ist eine Kooperationsplattform von Organisationen in Zentral- und Osteuropa (Rumänien, Slowakei, Tschechien, Ungarn), deren Schwerpunkt darauf liegt, die Beschäftigungsfähigkeit und Einkommenssituation der Roma durch ein breites Spektrum von Maßnah-

men zu verbessern. Dabei geht es in erster Linie darum, die Betroffenen selbst einzubeziehen und das Miteinander von Roma und Nicht-Roma zu fördern.

So wird mit Organisationen zusammengearbeitet, die diesen Bereich nachhaltig beeinflussen können. Im Vordergrund stehen die Gründung von sozialen Unternehmen und der Zugang zu Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten bzw. die Bereitstellung von Maßnahmen, mit denen die Aussichten der Menschen auf einen besseren Arbeitsplatz gesteigert werden. Dahinter steht die Idee, Beispiele guter Praxis zu schaffen, die als Informations- und Motivationsgrundlage für andere interessierte Parteien dienen können, sich in vergleichbarer Weise zu engagieren. „Wir haben uns bewusst entschieden, uns nicht an großen internationalen Projekten zu beteiligen, von denen ländliche Gebiete nur selten profitieren. Stattdessen arbeiten wir mit einer Viel-

Bunt und mit Botschaft: Das Modelabel „Romani Design“ greift Roma-Traditionen auf und zeigt Mut zur Farbe und zum Muster. Die ungarische Designerin und gelernte Goldschmiedin Erika Varga (links im Bild) entwirft nicht nur Mode und Schmuck, sie möchte mit ihren Kreationen eine Botschaft transportieren: „Meine von traditioneller Roma-Kleidung inspirierten Designs sollen Roma und Nicht-Roma gleichermaßen ansprechen und so einen Kulturaustausch anstoßen.“
Online-Shop: www.romanidesign.hu

zahl von PartnerInnen in kleinen Gemeinden zusammen, um Beziehungen zwischen Roma und Nicht-Roma zu fördern und auf diese Weise lokale Ressourcen zur Schaffung von Einkommen und Arbeitsplätzen zu nutzen – oder aber ihre Qualifikationen und somit ihre Chance auf einen Arbeitsplatz zu verbessern“, erklärt Franz Karl Prüller, Vorstandsvorsitzender der ERSTE Stiftung.

VON MODERNER HANDWERKSKUNST UND MODE BIS ZU SCHWEINEZUCHT
Schweinezucht, Mode- und Schmuckdesign, ökologischer Gartenbau, Erlebnispädagogik, Multimedia-Schulungen, moderne Handwerkskunst – das sind nur einige der Themen, mit denen sich die derzeit 13 Partnerorganisationen beschäftigen. Wie aber sieht die Unterstützung konkret aus? „Wenn wir ein Projekt in unser Programm aufnehmen, unterstützen wir es in Form von Direktfinanzierungen und kompetenten Beratungsleistungen, die entweder durch IFUA, unseren ungarischen Partner, der Programmmitgliedern Beratungsleistungen im Zusammenhang mit dem Aufbau sozialer Unternehmen bereitstellt, oder durch ehrenamtlich tätige ExpertInnen in verschiedenen Bereichen erbracht werden“ erläutert Prüller weiter.

Der Erfolg der jeweiligen Projekte wird schließlich auf verschiedene Art und Weise gemessen: Ein Indikator kann die Zahl der neu geschaffenen Arbeitsmöglichkeiten sein, ein erweitertes Ausbildungsangebot oder aber lokal mobilisierte Ressourcen. Doch es gilt zunächst einmal große Hürden zu überwinden. Neben der herrschenden Diskriminierung,

die Roma in vielen Regionen erfahren, mangelt es vielerorts an guten Rahmenbedingungen für soziale Unternehmen in Zentral- und Osteuropa. Oder aber öffentliche Behörden stellen ein Problem dar, wenn sie versuchen, Roma-Minderheiten eher zu kontrollieren und zu „verwalten“ als ihnen zu helfen, wirtschaftlich aktiver zu werden.

Die Mitgliedsorganisationen sind also mit zahlreichen Schwierigkeiten konfrontiert. Die größte Herausforderung für Roma und Nicht-Roma besteht jedoch darin, Unterschiede zu akzeptieren, sodass alle Menschen uneingeschränkt an der Gesellschaft teilhaben können, auch wenn sie sich durch ihr äußeres Erscheinungsbild und ihre Kultur voneinander unterscheiden. Prüller: „Genau darum geht es doch schließlich im Europa von heute: das Erreichen von ‚Einheit in Vielfalt‘.“

*Traditionelle Roma-Handwerkskunst erstmals bei der Vienna Design Week:
Die Mitgliedsorganisation Romano ButiQ aus Rumänien wird erstmals mit einem Pop-up-Store ihrer Marke Meșteshukar ButiQ an der diesjährigen Vienna Design Week vom 25. September bis 24. Oktober vertreten sein.*



Foto: ERSTE Stiftung

FÜNF FRAGEN AN ...

DIE MODEMACHERIN LENA HOSCHEK

1. WOHER BEZIEHST DU DIE GRÖSSTE INSPIRATION FÜR DEINE MODE? Ich beziehe meine Inspiration aus den unterschiedlichsten Quellen. Das können Orte, Persönlichkeiten oder Musik sein. Da ich eine große Sammelleidenschaft hege, lasse ich mich auch oftmals von meinen Flohmarkteroberungen inspirieren. Da küsst mich die Muse meist sehr spontan, denn man weiß ja nie, was man findet bzw. was einen findet. **2. WAS IST FÜR DICH DIE SCHÖNE SEITE DES ERFOLGS?** Für mich gibt es fast nur schöne Seiten des Erfolgs. Das wäre zum einen sicherlich die kreative Freiheit, die ich durch mein eigenes Label seit mittlerweile fast zehn Jahren leben kann. Zum anderen habe ich dadurch immer wieder die Chance wunderbare Menschen kennenzulernen und mit ihnen zusammenzuarbeiten. **3. WIE WICHTIG IST DIR GELD?** Als Unternehmerin ist mir Geld natürlich sehr wichtig, hängt doch die Finanzierung der Produktionen und die Zahlung der Gehälter davon ab. Privat bedeutet mir Geld alleine nicht so viel wie das, was man damit machen und bewirken kann. **4. WIE SIEHT ES MIT DER MORAL AUS IN DER MODEWELT?** Wie es generell mit der Moral in der Modewelt aussieht, kann ich nicht sagen, in meiner kleinen Welt sind mir Ethik und soziale Verantwortung extrem wichtig. Denn Geld auf Kosten anderer zu verdienen, würde mich nicht glücklich machen. Dies gilt nicht nur für die Modewelt, sondern für die Industrie im Allgemeinen. **5. WELCHEN BEITRAG LEISTEST DU FÜR EIN STÜCKCHEN BESSERE WELT?** Ich lasse meine Kollektionen ausschließlich in Europa produzieren und verwende hauptsächlich natürliche Materialien. Ich sehe es als meine Verantwortung als Unternehmerin, Arbeitsplätze zu schaffen und langfristig zu sichern. Mit meinen Geschäften in Wien, Graz und Berlin leiste ich einen kleinen Beitrag zum Erhalt von schönen und alten Lokalen, ich finde es extrem schade, wenn Altstädte aussterben.

INFO: Die Österreicherin Lena Hoschek, die für ihre Vintage-inspirierte Mode bekannt ist, gründete 2005 ihr eigenes Modelabel. Aus Liebe zum Handwerk bringt die Designerin auch ein eigenes Trachtenlabel "Lena Hoschek Tradition" und unter "Lena Hoschek Atelier" maßangefertigte Brautkleider und Roben auf Anfrage heraus.

George

Altes
Banking

5 = 0

TERMIN DIREKT VEREINBAREN

 **George.** Das modernste Banking Österreichs.
 mygeorge.at

